

Ersatzleistungen für Sachschäden werden erst nach Abzug einer Selbstbeteiligung von [500 EUR] ausgezahlt.

§ 3 - Der König kann den in § 2 erwähnten Betrag ändern, um ihn mit den Entscheidungen in Einklang zu bringen, die der Rat in Anwendung von Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 85/374/EWG vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte trifft.

[Art. 11 § 2 Abs. 3 abgeändert durch Art. 13 des K.E. vom 20. Juli 2000 (B.S. vom 30. August 2000)]

Art. 12 - § 1 - [Unbeschadet von Artikel 2277ter des Zivilgesetzbuches erlischt der aus vorliegendem Gesetz erwachsende Anspruch des Geschädigten auf Schadenersatz seitens des Herstellers nach Ablauf einer Frist von zehn Jahren ab dem Zeitpunkt, zu dem der Hersteller das Produkt in den Verkehr gebracht hat, es sei denn, der Geschädigte hat in der Zwischenzeit ein Gerichtsverfahren auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzes eingeleitet.]

§ 2 - [Unbeschadet von Artikel 2277ter des Zivilgesetzbuches verjähren Schadenersatzklagen auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzes nach Ablauf einer Frist von drei Jahren ab dem Tag, an dem er billigerweise unterrichtet hätte sein müssen.]

Die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches über die Unterbrechung und die Aussetzung der Verjährung finden auf diese Klagen Anwendung.

[Art. 12 § 1 ersetzt durch Art. 218 Nr. 1 des G. vom 25. April 2007 (B.S. vom 8. Mai 2007); § 2 Abs. 1 ersetzt durch Art. 218 Nr. 2 des G. vom 25. April 2007 (B.S. vom 8. Mai 2007)]

Art. 13. Ansprüche, die ein Geschädigter darüber hinaus aufgrund der vertraglichen beziehungsweise außervertraglichen Haftung geltend machen kann, werden durch vorliegendes Gesetz nicht berührt.

Art. 14 - Wer Anspruch auf Entschädigung im Rahmen einer Regelung der sozialen Sicherheit, der Arbeitsunfallentschädigung oder der Versicherung gegen Berufskrankheiten hat, unterliegt auch für die Ersetzung eines durch vorliegendes Gesetz gedeckten Schadens weiterhin den Gesetzesvorschriften mit Bezug auf die betreffende Regelung.

Insofern dieser Schaden nicht in Anwendung einer der in Absatz 1 erwähnten Regelungen ersetzt wird und den Entschädigungsberechtigten eine gemeinrechtliche Klage gegen den Haftenden offensteht, können sie Schadenersatz aufgrund des vorliegenden Gesetzes fordern.

Personen oder Einrichtungen, die aufgrund der in Absatz 1 erwähnten Regelungen Personen, die einen durch vorliegendes Gesetz gedeckten Schaden erlitten haben, oder deren Berechtigten Schadenersatzleistungen gewährt haben, können gemäß vorliegendem Gesetz gegen den Hersteller das Rückgriffsrecht geltend machen, über das sie aufgrund dieser Regelungen verfügen.

Art. 15 - Vorliegendes Gesetz findet keine Anwendung auf die Ersetzung von Schäden, die durch das Gesetz vom 22. Juli 1985 über die zivilrechtliche Haftpflicht auf dem Gebiet der Kernenergie und die Erlasse zu seiner Ausführung gedeckt sind.

Art. 16 - Vorliegendes Gesetz regelt die Ersetzung von Schäden, die durch Fehler von Produkten verursacht worden sind, die nach seinem Inkrafttreten in den Verkehr gebracht worden sind.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2011 — 1540

[C - 2011/00335]

7 JUILLET 1997. — Arrêté royal relatif à la publication des arrêtés et des ordonnances de non-admission du Conseil d'Etat. — Coordination officielle en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 7 juillet 1997 relatif à la publication des arrêtés du Conseil d'Etat (*Moniteur belge* du 8 août 1997), tel qu'il a été modifié successivement par :

— l'arrêté royal du 25 janvier 2001 relatif à la traduction des arrêtés du Conseil d'Etat (*Moniteur belge* du 16 mars 2001);

— l'arrêté royal du 30 novembre 2006 déterminant la procédure en cassation devant le Conseil d'Etat (*Moniteur belge* du 1^{er} décembre 2006, *err.* du 4 mai 2007).

Cette coordination officielle en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2011 — 1540

[C - 2011/00335]

7 JULI 1997. — Koninklijk besluit betreffende de publicatie van de arresten en de beschikkingen van niet-toelaatbaarheid van de Raad van State. — Officiële coördinatie in het Duits

De hiernavolgende tekst is de officiële coördinatie in het Duits van het koninklijk besluit van 7 juli 1997 betreffende de publicatie van de arresten van de Raad van State (*Belgisch Staatsblad* van 8 augustus 1997), zoals het achtereenvolgens werd gewijzigd bij :

— het koninklijk besluit van 25 januari 2001 betreffende de vertaling van de arresten van de Raad van State (*Belgisch Staatsblad* van 16 maart 2001);

— het koninklijk besluit van 30 november 2006 tot vaststelling van de cassatieprocedure bij de Raad van State (*Belgisch Staatsblad* van 1 december 2006, *err.* van 4 mei 2007).

Deze officiële coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2011 — 1540

[C - 2011/00335]

7. JULI 1997 — Königlicher Erlass über die Veröffentlichung der Entscheide und der Nicht-Annehmbarkeitsbeschlüsse des Staatsrates — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Königlichen Erlasses vom 7. Juli 1997 über die Veröffentlichung der Entscheide des Staatsrates, so wie er nacheinander abgeändert worden ist durch:

— den Königlichen Erlass vom 25. Januar 2001 über die Übersetzung der Entscheide des Staatsrates,

— den Königlichen Erlass vom 30. November 2006 zur Festlegung des Kassationsverfahrens vor dem Staatsrat.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

MINISTERIUM DES INNERN

7. JULI 1997 — Königlicher Erlass über die Veröffentlichung [der Entscheide und der Nicht-Annehmbarkeitsbeschlüsse] des Staatsrates

[Überschrift abgeändert durch Art. 54 Nr. 1 des K.E. vom 30. November 2006 (B.S. vom 1. Dezember 2006)]

Artikel 1 - Der Staatsrat gewährleistet die Veröffentlichung [der von ihm erlassenen Beschlüsse der Nicht-Annehmbarkeit in Kassationsverfahren und Entscheide], mit Ausnahme [der Beschlüsse der Nicht-Annehmbarkeit in Kassationsverfahren und der Entscheide], die in Ausführung [der Gesetze] über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern verkündet werden, einerseits in einem für die Öffentlichkeit zugänglichen Informationsnetz und andererseits auf einem Magnetträger.

[Art. 1 abgeändert durch Art. 54 Nr. 2 des K.E. vom 30. November 2006 (B.S. vom 1. Dezember 2006)]

Art. 2 - [Jede Partei eines vor den Staatsrat gebrachten Rechtsstreits kann zu jedem Verfahrenszeitpunkt und gegebenenfalls bis zur Schließung der Verhandlung verlangen, dass bei der Veröffentlichung des Nicht-Annehmbarkeitsbeschlusses oder Entscheids die Identität der natürlichen Personen ausgespart wird.]

Im Tenor [des Nicht-Annehmbarkeitsbeschlusses oder des Entscheids] wird auf diese Anonymisierung ausdrücklich hingewiesen. Sie findet Anwendung auf jede Form der Veröffentlichung [des Nicht-Annehmbarkeitsbeschlusses oder Entscheids] auf Initiative des Staatsrates oder jedes anderen Dritten, der vom Staatsrat ermächtigt oder bestimmt worden ist, um die in Artikel 1 vorgesehene Veröffentlichung vorzunehmen.

[Art. 2 Abs. 1 ersetzt durch Art. 54 Nr. 3 des K.E. vom 30. November 2006 (B.S. vom 1. Dezember 2006); Abs. 2 abgeändert durch Art. 54 Nr. 4 des K.E. vom 30. November 2006 (B.S. vom 1. Dezember 2006)]

Art. 3 - In Abweichung von Artikel 1 können [Nicht-Annehmbarkeitsbeschlüsse oder Entscheide], die aufgrund [der in Artikel 1 erwähnten Gesetze] verkündet worden sind, unter Vorbehalt der Anonymisierung durch Entscheidung des Ersten Präsidenten des Staatsrates veröffentlicht werden, wenn diese [Nicht-Annehmbarkeitsbeschlüsse oder Entscheide] für die Rechtsprechung oder Rechtsforschung von Belang sein können.

Die Entscheidung des vorerwähnten Amtsträgers wird auf eigene Initiative oder auf Antrag eines Interesse habenden Dritten getroffen.

[Art. 3 Abs. 1 abgeändert durch Art. 54 Nr. 5 des K.E. vom 30. November 2006 (B.S. vom 1. Dezember 2006)]

Art. 4 - Unser Minister des Innern legt nach Beratung mit dem Ersten Präsidenten und dem Generalauditor des Staatsrates Folgendes fest:

1. das für die Öffentlichkeit zugängliche Informationsnetz, in dem die Öffentlichkeit die [Nicht-Annehmbarkeitsbeschlüsse oder Entscheide] einsehen kann,

2. Art und Struktur des Magnetträgers, auf dem die [Nicht-Annehmbarkeitsbeschlüsse oder Entscheide] gespeichert werden, und den Zeitraum, der durch diesen Datensatz gedeckt wird.

[Art. 4 einziger Absatz Nr. 1 und 2 abgeändert durch Art. 54 Nr. 6 des K.E. vom 30. November 2006 (B.S. vom 1. Dezember 2006)]

Art. 5 - Der in Artikel 4 Nr. 2 erwähnte Magnetträger wird zu seinem Selbstkostenpreis vertrieben.

Art. 6 - [Nicht-Annehmbarkeitsbeschlüsse oder Entscheide] werden in der beziehungsweise den Sprachen veröffentlicht, in denen sie verkündet worden sind.

[Ihre etwaige Übersetzung wird ebenfalls veröffentlicht.]

[Art. 6 Abs. 1 abgeändert durch Art. 54 Nr. 6 des K.E. vom 30. November 2006 (B.S. vom 1. Dezember 2006); Abs. 2 eingefügt durch Art. 4 des K.E. vom 25. Januar 2001 (B.S. vom 16. März 2001)]

Art. 7 - Vor dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses kann der Staatsrat die Veröffentlichung der von ihm bestimmten Entscheide in dem Informationsnetz beziehungsweise auf dem Magnetträger gewährleisten, die in Artikel 4 erwähnt sind. Der Erste Präsident des Staatsrates trifft die Veröffentlichungsentscheidung.

Unbeschadet der Anwendung der in Artikel 3 Absatz 1 vorgesehenen Abweichung werden Entscheide nur auf besondere Antragstellung einer der Parteien des Rechtsstreits anonymisiert.

Der Antrag auf Anonymisierung muss dem Staatsrat innerhalb sechs Monaten ab Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses per Einschreiben zugesandt werden.

Die vom Ersten Präsidenten des Staatsrates bestimmte Kammer befindet über den Antrag.

Art. 8 - Unser Minister des Innern ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2011 — 1541

[C — 2011/00337]

13 JUILLET 2004. — Arrêté royal déterminant les formes et les conditions selon lesquelles la documentation du bureau de coordination du Conseil d'Etat relative à l'état de la législation est mise à la disposition du public. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 13 juillet 2004 déterminant les formes et les conditions selon lesquelles la documentation du bureau de coordination du Conseil d'Etat relative à l'état de la législation est mise à la disposition du public (*Moniteur belge* du 3 septembre 2004).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2011 — 1541

[C — 2011/00337]

13 JULI 2004. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de vorm waarin en de voorwaarden waaronder de documentatie van het coördinatiebureau van de Raad van State betreffende de stand van de wetgeving ter beschikking wordt gesteld van het publiek. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 13 juli 2004 tot vaststelling van de vorm waarin en de voorwaarden waaronder de documentatie van het coördinatiebureau van de Raad van State betreffende de stand van de wetgeving ter beschikking wordt gesteld van het publiek (*Belgisch Staatsblad* van 3 september 2004).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.